

NEWSTICKER

Macron will europäische Gesundheitsunion vorantreiben

Frankreich übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Die Coronavirus-Pandemie hat Schwachstellen bei der Gesundheitsversorgung in der EU offengelegt. Bei einigen Themen wollen die Mitgliedstaaten enger zusammenrücken. Frankreich übernimmt in den ersten sechs Monaten des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft. Staatspräsident Emmanuel Macron stellte im Januar seine Pläne in Straßburg vor. Ein wichtiges Ziel, das er nannte ist es, die europäische Gesundheitsunion voranzutreiben. Mit der Einrichtung einer neuen Digitalplattform will die EU Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten rechtzeitig erkennen und möglichst verhindern. Angesiedelt werden soll die Plattform bei der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) in Amsterdam. Nicht nur Behörden, sondern auch Ärzte und Patienten sollen Zugang zu den Daten der Plattform bekommen. Das soll für mehr Transparenz beim Thema Arzneimittelengpässe sorgen. Am 19. Januar hat das EU-Parlament die entsprechende Verordnung verabschiedet, die bereits Anfang März in Kraft treten soll.

Quellen: Ärzte-Zeitung, EMA, EU-Parlament

Gesundheitswesen in Schweden

Völlig unterdimensioniert

Schwedens Gesundheitswesen steht wegen chronischer Überlastung seit Jahren in der Kritik. Die Pandemie hat daran nichts geändert, schreibt Aftonbladet empört: „Nur ganz nebenbei sagte die Ministerpräsidentin, das Gesundheitswesen sei derzeit auch von anderen Krankheiten, so von der Saisongrippe, schwer belastet. ... Sollte es in der Politik nicht darum gehen, die Kapazität des Gesundheitswesens auf kurze und längere Sicht zu stärken, statt um diese ewigen einschränkenden Maßnahmen? ... Zwei Jahre nach Pandemiebeginn sind früher unvorstellbare Freiheitsbeschränkungen in einem solchen Maße neuer Normalzustand, dass man sie dazu nutzen kann, ein unterdimensioniertes Gesundheitswesen am Laufen zu halten. Das ist ungeheuerlich.“

Quelle: Aftonbladet

EU-Mitgliedstaaten und Rechtsstaatlichkeit

Treffen der Präsidenten der obersten Gerichte

Im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft organisierten das französische Verfassungsgericht, der Conseil d'État (Staatsrat; oberstes Verwaltungsgericht in Frankreich) und die Cour de Cassation (Kassationshof; oberstes Gericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Frankreich) Ende Februar eine Konferenz der Präsidenten der obersten Gerichte der EU-Mitgliedstaaten, bei der die Rolle der Richter bei der Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit in Europa im Mittelpunkt steht. In diesem Jahr, in dem das 70-jährige Bestehen des Gerichtshofs der Europäischen Union begangen wird, bietet die Konferenz Gelegenheit, die Rolle des



EuGH und des Austausches zwischen den Richtern im Hinblick auf das Europäische Aufbauwerk sowie bei der Förderung und Verteidigung der gemeinsamen Werte zu würdigen. Vor dem Hintergrund vielfältiger Krisen (Terrorismus, Corona-Pandemie) mussten die EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, durch welche die Grundrechte und Grundfreiheiten eingeschränkt wurden. Die innerstaatlichen Gerichte haben sich zur Vereinbarkeit dieser Einschränkungen mit verfassungsrechtlichen und vertraglichen Bestimmungen geäußert. Darüber hinaus wurden auch Stimmen laut, die eine Absenkung der Garantien des Rechtsstaats fordern und beabsichtigen, dessen juristische, politische und wirtschaftliche Grundlagen infrage zu stellen. In einem Teil der Europäischen Union ist der Rechtsstaat selbst gefährdet. Dieser Situation mit all ihren Facetten können weder die Europäische Union noch die einzelnen Mitgliedstaaten gleichgültig gegenüberstehen. Es liegt in ihrer gemeinsamen Verantwortung, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, welche die Grundlage des europäischen Aufbauwerks darstellt. Die nationalen Gerichte, insbesondere die jeweiligen obersten Gerichtshöfe, spielen diesbezüglich eine entscheidende Rolle.

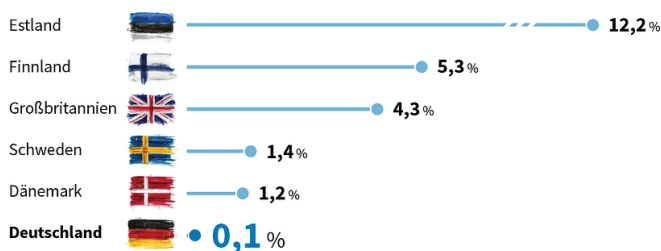
Quelle: europa.eu

PKV-Studie vergleicht europaweit Gesundheitssysteme

Deutschland steht gut da

Kein Problem mit Wartezeiten in Deutschland

Anteil der Bevölkerung, der seinen Bedarf an ärztlicher Versorgung aufgrund zu langer Wartelisten nicht gedeckt sieht*



* 2020 oder letztes verfügbares Jahr. Berücksichtigt sind nur 16-Jährige und Ältere. Bis auf Polen (3,0%), Slowenien (2,9%) und der Slowakei (1,7%) haben die nicht gezeigten EU-Länder einen Anteil von unter 1,2%.
Quelle: WIP auf Grundlage von Eurostat (2021b)

Das deutsche Gesundheitssystem muss sich im Vergleich zu anderen Ländern nicht verstecken. Das zeigt eine Studie des Wissenschaftlichen Instituts der PKV. Ein Grund dafür, so die Autoren: das duale System aus PKV und GKV. Im Vergleich zu anderen Ländern in Europa ist der Zugang, vor allem zu Fachärzten, in Deutschland besonders leicht. „Auch wenn es an manchen Stellen hakt und es einige Baustellen gibt, stehen wir international sehr gut da“, sagte Dr. Frank Wild, Leiter des Wissenschaftlichen Instituts der PKV (WIP), gegenüber der Ärzte-Zeitung. Dazu trägt seiner Meinung nach auch das hiesige duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung bei. Das WIP hat in einer aktuellen Untersuchung die Gesundheitssysteme in 26 europäischen Staaten verglichen. Im Mittelpunkt der Analyse standen die unterschiedlichen Zugangshürden in der Versorgung. In vielen Ländern sei die Wahlfreiheit in der ärztlichen Versorgung durch Gatekeeping beziehungsweise finanzielle Anreize eingeschränkt, sagte Wild. „Deutschland zeichnet sich hier durch eine hohe Wahlfreiheit und damit große Patientensouveränität aus.“ Zwar gibt es hierzulande die hausarztzentrierte Versorgung und Hausarzttarife in der PKV. Die Teilnahme ist jedoch freiwillig. „Das unmittelbare Aufsuchen eines Facharztes (ohne Überweisung) ist in Deutschland jederzeit möglich“, schreibt Autor Lewe Bahnsen in der Studie. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass das duale System im europäischen Vergleich über einen der umfangreichsten Leistungskataloge verfügt. Wild verwies darauf, dass sich der Umfang der Absicherung im ambulanten und stationären Bereich zwischen den Ländern nicht so sehr stark unterscheidet. Anders sieht es aus bei der zahnärztlichen und der Arzneimittelversorgung. Hier liegt Deutschland beim Leistungsumfang jeweils an der Spitze. „In Deutschland sind auffällig viele neue Medikamente sofort auf dem Markt verfügbar, in vielen anderen Ländern können die Patienten diese Medikamente erst einmal nicht erhalten“, berichtete Wild. Die WIP-Studie unterstreicht, dass Deutschland auch mit Blick auf die Wartezeiten gut abschneidet. Kostenbeteiligungen seien ein gängiges Instrument zur Steuerung des Nachfrageverhaltens, sagte Autor Bahnsen. Private Zuzahlungen spielen in allen Ländern eine Rolle, in Deutschland aber eine vergleichsweise geringe. In den vergangenen Jahren habe die Bedeutung der Kostenbeteiligungen in vielen Ländern zugenommen. „Zuzahlungen sind mittlerweile ein wichtiger Pfeiler in der Finanzierung.“

Quelle: Ärzte-Zeitung, PKV-Verband

Großbritannien will Sozialversicherungsbeiträge erhöhen

NHS wird alles verschlingen

Der britische Premier Boris Johnson hat eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 1,25 Prozent angekündigt, um dem überlasteten Gesundheitssystem mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Damit bricht die konservative Regierung ihr Wahlversprechen, Steuerzahler nicht stärker zur Kasse zu bitten. Die zusätzliche Abgabenbelastung sei



angesichts der Probleme im Gesundheitssystem gerechtfertigt, lobt The Guardian: „Das wird bei der breiten Masse vermutlich auf große Zustimmung stoßen. Umfragen zeigen, dass die Öffentlichkeit bereit ist, mehr Steuern für eine bessere Versorgung zu zahlen. Und der Gesundheitsdienst NHS braucht das Geld dringend, weil die Wartelisten für Behandlungen in England länger sind als je zuvor.“ Anders sieht das The Daily Telegraph und titelt: „Ohne Reform wird NHS alle Gelder verschlingen“. Laut Telegraph fehlt es an echten Ideen und somit drohe die schlechteste Kombination: wirtschaftlich schädliche Steuererhöhung und ein nicht reformierter Gesundheitsdienst NHS, „der alles, was er kriegt, verschlingen und noch mehr fordern wird.“

Quelle: FDI